

Realitäten der Außenpolitik

An die internationale Politik der Entspannung werden große Erwartungen geknüpft. Walter Theimer versucht in dem folgenden Beitrag eine Beurteilung der gegenwärtigen außenpolitischen Situation zu geben. Er bringt dabei natürlich seine ganz persönliche Meinung zum Ausdruck.

Was ist in Genf herausgekommen? Eine neue Konferenz. Was wird auf dieser herauskommen? Vermutlich eine weitere Konferenz. Wie sich die Außenminister über das einigen sollen, worüber sich die Regierungshäupter nicht einigen konnten, bleibt ein Geheimnis der Diplomatie. Die Verweisung schwierigster Grundfragen von der höheren auf die niedrigere Ebene erscheint nicht als eine Methode, die eine baldige Lösung erwarten läßt.

Das allgemeine Friedensgespräch ist diplomatische Routine; am allgemeinen Rüsten ändert sich dadurch nichts. Die Welt ist derzeit nicht zu einem Krieg bereit, am wenigsten für die Wiedervereinigung Deutschlands; ob aber die Reden über allseitige Abrüstung mehr Erfolg haben werden als in der Vergangenheit, wo dieses Thema so oft durchexerziert wurde, bleibt abzuwarten. Man kann sich schwer vorstellen, daß die Russen auf ihrem Gebiet eine wirksame internationale Inspektion zulassen werden, die doch im Rahmen einer internationalen Rüstungsbeschränkung unumgänglich wäre. Die Herabsetzung der russischen Heeresstärke besagt nicht viel; die Amerikaner sind damit längst vorangegangen. Der Grund liegt weniger im Friedenswillen als in der allgemeinen Tendenz zur Verkleinerung der Einheiten aus taktischen Gründen. Im Krieg entscheiden im übrigen die Reserven, nicht die stehenden Heere.

Über allen Verhandlungen schwebt der dunkle Schatten der Wasserstoffbombe. Hier beginnt bereits die Zwiespältigkeit: Fürchtet man wirklich die Selbstvernichtung der Menschheit durch diese Waffe, oder weiß man in den innersten Regierungskreisen der Mächte schon, daß die Bombe nicht angewendet werden wird, weil die Vergeltung nicht zu verhindern wäre und überdies nach den Ergebnissen der letzten Experimente schon die eigenen Bomben durch ihre radioaktiven Wolken das eigene Land und die ganze Menschheit zu sehr gefährden würden? Ist die Wasserstoffbombe im stillen schon *passee*? Darüber sind nur Spekulationen möglich, aber es fällt immerhin auf, daß in Amerika seit längerer Zeit keine Versuche mehr mit dieser Waffe vorgenommen worden sind und die Betonung zur Zeit auf der Verwendung kleinerer Atombomben auf dem Schlachtfeld liegt. Nicht alle gegebenen Vernichtungsmittel werden tatsächlich eingesetzt; man hat im letzten Krieg auf Gas und Bakterien verzichtet. Das weltpolitische Machtgleichgewicht ohne Wasserstoffbombe sieht anders aus als mit ihr, der rein militärische Aspekt kommt dann wieder mehr zur Geltung. Die russische Position auf diesem Gebiet ist stark; hier könnte einer der Gründe für den sanften Ton der amerikanischen Außenpolitik liegen, zugleich aber auch für die Bedeutung der deutschen Wiederbewaffnung. An der Grundtatsache der industriellen Überlegenheit Amerikas über Rußland, die auf die Dauer auch eine militärische Überlegenheit bedeutet, ändert sich dadurch nichts; aber Entscheidungen auf kürzere Sicht können durch den Ausfall des H-Bombentrumpfes wesentlich beeinflußt werden. Die Bombe muß so oder so alle Entscheidungen beeinflussen: Will man sie wirklich einsetzen, so kennt man die Folgen und wird daher mit dem Kriege vorsichtig sein; weiß man jedoch, daß sie nicht eingesetzt werden wird, so führen militärische Erwägungen zu einer ähnlichen Vorsicht. Jedenfalls im gegebenen Augenblick.

Die Gesamtsituation in der Welt ist unverändert. Auf der einen Seite steht die Sowjetunion mit ihrem Block; sie wünscht ihre Eroberungen, vermutlich einschließlich der deutschen Sowjetzone, zu behalten und zu konsolidieren, bis sie einmal — nicht in der nahen Zukunft — zu weiteren Eroberungen für ihre Ideologie und ihre nationale Machtpolitik

antreten kann. Auf der anderen Seite steht Amerika mit seinem Block; es wünscht den Russen ihre Eroberungen wieder abzunehmen und ihre allzugroß gewordene Macht einzuschränken, im stillen wohl auch das kommunistische System aus der Welt zu schaffen (obwohl man sich schwer vorstellen kann, was in Rußland an seine Stelle treten soll). Eine Einigung, wie sie jetzt diskutiert wird, müßte den Russen alle ihre Eroberungen belassen — wird Amerika seine ganze bisherige Politik aufgeben, um eine solche Einigung zu unterschreiben? Eine solche Einigung würde nichts an der Grundsituation ändern und wäre daher keine echte Einigung; sie wäre kurzlebig, ein Waffenstillstand, kein Frieden.

Die machtpolitischen Realitäten hinter den diplomatischen Phrasen sind einer Einigung wenig günstig. Amerika hat bisher die osteuropäischen Fragen *en bloc* behandelt, insbesondere die deutsche Wiedervereinigung als Teil der Befreiung ganz Osteuropas von den Russen gesehen. Namentlich ist dies die amerikanische Konzeption für den Fall eines Konflikts. Vom deutschen Standpunkt wäre es erwünscht, die Wiedervereinigung aus dem Junktim mit der Neuregelung in Osteuropa zu lösen. Dieses Junktim könnte neue Formen annehmen, etwa die Forderung nach einer entmilitarisierten, neutralen Zone, die sowohl Deutschland, zumindest seinen Ostteil, als auch die osteuropäischen Vasallenstaaten Rußlands umfassen würde. Das hieße den Abfall der Vasallen von der Sowjetunion ermöglichen; so fest ist das kommunistische Regime dort noch nicht, daß es ohne die Drohung des jederzeit möglichen Einmarsches der Russen bestehen könnte. Würde ein solches Eingreifen verboten oder zum *Casus belli* erklärt, so würden Aufstände in den Vasallenstaaten der kommunistischen Herrschaft der eingeborenen Satrapen wohl bald ein Ende machen. Deshalb wird Rußland auf diese Forderung nie eingehen. Auf ihr beharren, heißt Verhandlungen unmöglich machen.

Die Frage der osteuropäischen Länder ist ein Kapitel für sich. Wir wissen nicht, was die Zukunft in dieser Hinsicht im Schoße birgt; aber die Vorstellung, daß wir auf die Wiedervereinigung verzichten sollen, solange Rußland nicht gleichzeitig auch ganz Osteuropa herausgibt, scheint auf die Dauer keine gute Grundlage für eine deutsche Politik.

Für Rußland kommt überhaupt nur eine isolierte Behandlung der deutschen Frage in Betracht; über Polen und Böhmen diskutiert es gar nicht. Die Bedingungen Moskaus für die deutsche Wiedervereinigung sind bekannt: Austritt Deutschlands aus dem Atlantikpakt, neuerdings anscheinend sogar die Auflösung dieses Paktes. Bei einer allgemeinen Befriedung der Welt würde dieser Pakt überflüssig; aber eine solche Befriedung ist nicht einmal im Umriß zu sehen, und Amerika denkt nicht daran, den Pakt aufzugeben. Es ist auch nicht geneigt, Deutschland allein aus dem Pakt zu entlassen. Die bündnisfreie Politik eines vereinigten Deutschlands, die von Rußland gefordert wird, wird von Amerika abgelehnt. Es will weder die strategische Position in Deutschland noch die deutsche Hilfe aufgeben, fürchtet überdies ein Zusammengehen eines selbständigen Deutschlands mit Moskau, obwohl das ein Phantom ist. Der Übergang Deutschlands in seine klassische Mittelstellung, die Schaffung des deutschen Puffers in Europa erscheint weiter als die natürliche Lösung, die einzige, die wirklich die Kriegsgefahr zu verhindern vermöchte. Zu dieser Auffassung hat sich der Westen, vor allem Amerika, bisher aber nicht durchringen können. Immer noch will er die Entstehung eines wirklich selbständigen Deutschlands verhindern. Amerika sähe in einem Rückzug hinter den Rhein und wahrscheinlich hinter den Atlantik den Verzicht auf seine Weltpolitik, auf seine Osteuropapolitik im besonderen; zum mindesten wäre es dann bei dieser Politik von der freiwilligen Mitwirkung Deutschlands abhängig, wogegen ihm seine jetzige beherrschende Position angenehmer erscheint.

Und Rußland? Will es die Wiedervereinigung wirklich, auch wenn man ihm in der Bündnisfrage entgegenkäme? Die Westmächte haben es bisher nicht auf die Probe ankommen lassen. Das wäre das geeignetste Mittel, einmal herauszufinden, was die Russen tatsächlich wollen, wie dies als die Aufgabe der diversen Konferenzen bezeichnet wird. Leider besteht Grund zu der Vermutung, daß sich dann als das eigentliche Ziel der Russen

eine lose Föderation zwischen einer kommunistischen ostdeutschen Republik und der Bundesrepublik herausstellen würde, die Karikatur einer echten Wiedervereinigung. Als die Russen im März 1952 ihre erste Note in der deutschen Frage schickten, in welcher eine Wiedervereinigung auf Grund einer deutschen Mittelstellung und unter Gewährung einer (nicht quantitativ spezifizierten) Selbstverteidigung Deutschlands angeboten wurde, da horchte mancher hoffnungsvoll auf. Der Westen lehnte ab; immerhin schien das russische Angebot plausibel. Dann kam aber bald die zweite russische Note, die deutlich machte, daß höchstens an eine lockere Föderierung Ost- und Westdeutschlands gedacht wurde, ja sogar an eine Art ostzonales Wahlrecht in der Bundesrepublik statt des westlichen in der Ostzone. Die jüngste Rede *Chruschtschews* in Berlin deutet daraufhin, daß auch jetzt die russischen Pläne nicht über dieses Konzept hinausgehen. Wie hätte er sonst sagen können, daß die „politischen und sozialen Errungenschaften“ der DDR, lies die kommunistische Diktatur und der Staatskapitalismus, auf keinen Fall aufgegeben würden? Bei wirklich freien Wahlen würden zweifellos auch in der jetzigen Ostzone die Parteien des deutschen Westens siegen; ja selbst wenn sich dort unter dem Einfluß der kommunistischen Dressur eine Mehrheit für die Beibehaltung des jetzigen Systems fände, was kaum anzunehmen ist, selbst dann müßte sich der Osten im Rahmen eines demokratischen Systems den gesamtdeutschen Gesetzen fügen, die von der westlichen Mehrheit beschlossen würden. Die „Errungenschaften“ müßten also verschwinden; wie gesagt, kann man mit Sicherheit damit rechnen, daß sie durch den frei geäußerten Volkswillen verschwinden würden. Der ostdeutsche Arbeiter würde die freie Gewerkschaft dem Diktat der staatlichen Kommissare vprziehen. Wenn Chruschtschew die Beibehaltung der „Errungenschaften“ zusagt, so kann er damit nur meinen, daß keine echte Wiedervereinigung geplant ist, sondern eine solche Autonomie der Ostzone, daß sich praktisch an dem jetzigen Zustand nichts ändern würde. Wohl aber könnte Moskau dann auf die Fassade der vollzogenen „Wiedervereinigung“ hinweisen, ein Reich mit einer machtlosen Schattenregierung, in Wirklichkeit bestehend aus einer demokratischen Hälfte und einem kommunistischen Diktaturstaat, der auch die deutsche Außenpolitik im russischen Sinne beeinflussen würde. Etwas Derartiges ist ganz unmöglich; zu dieser Komödie können wir uns niemals hergeben. Eine verhüllte Teilung wäre noch schlimmer als eine offene.

In der Tat fällt es schwer, zu glauben, daß die Russen ein Land, in dem sie bereits ihr System eingeführt haben, wieder aufzugeben bereit sind. In Österreich war es anders; dort vermieden sie in ihrer Zone eine Sowjetisierung. Daher können sie jetzt mit klingendem Spiel abziehen. Aber ein Verzicht auf die schon „volksdemokratische“ deutsche Ostzone ist schon ideologisch für Moskau kaum erträglich; soll dort, wo schon lange der Kommunismus herrscht, wieder der Kapitalismus eingeführt werden? Was würden die anderen Vasallen denken? Würden sie nicht Morgenluft wittern? Die Niederlage wäre zu groß. Wenn die Russen etwas Derartiges überhaupt in Betracht ziehen, so nur um einen ungeheuren Preis, den der Westen nicht zu zahlen bereit sein wird. Wahrscheinlich denken sie aber grundsätzlich nicht daran, sondern meinen unter „Wiedervereinigung“ etwas grundsätzlich anderes als der Westen. Daß sie jetzt von „freien Wahlen“ sprechen, ändert nichts daran; auch diese Bezeichnung bedeutet für sie etwas anderes als für uns. Schließlich ist der Kommunismus eine Religion; für Moskau bedeutet der Antrag, ein Land, wo er schon herrscht, wieder dem Kapitalismus zu übergeben, ungefähr dasselbe, was für den Papst der Vorschlag bedeuten würde, Italien dem Islam auszuliefern.

Daß die Russen in Mitteldeutschland ihr System eingeführt haben, hat von Anfang an bedeutet, daß sie die Teilung Deutschlands als endgültig ansehen. Sonst hätten sie sich nicht selbst einen Rückzug so schwergemacht. Zweifellos haben auch gewichtige westalliierte Kreise 1945 die Teilung Deutschlands als mehr oder minder endgültig betrachtet. Sie kommen jetzt wieder zu Wort. Sowohl Frankreich als auch England scheinen geneigt,

mit den Russen einen Sicherheitspakt auf Grundlage der Teilung Deutschlands abzuschließen. Frankreich schwankt zwischen der Gefahr, die es in einem wiedervereinigten Deutschland erblickt, und der Gefahr, daß Rußland in der Nähe bleibt; gefühlsmäßig neigt es dazu, die zweite Gefahr der ersten vorzuziehen. Was England betrifft, so wußte man seit dem Regierungsantritt *Edens*, daß von ihm keine deutschfreundliche Politik zu erwarten ist. Das deutsch-englische Verhältnis ist kühl, viel kühler als es zehn Jahre nach dem ersten Weltkrieg war. Eden wägt seine Worte, aber andere sprechen offener. Da erklärte kürzlich ein Sprecher des *Royal Institute of International Affairs*, das zwar ein Privatverein ist, aber nicht im luftleeren Raum zu sprechen pflegt, daß man Westdeutschland nicht überschätzen dürfe. Amerika habe eine hohe Einschätzung der Bundesrepublik gezüchtet, solange es in Spannung mit Rußland lag; da sich aber seit Genf eine Entspannung im amerikanisch-russischen Verhältnis zeige, sei eine Änderung in der amerikanischen Beurteilung Deutschlands zu erwarten. Schließlich bedeute so ein „entwaffneter Rumpfstaat“ nicht viel.

Auf diese freundlichen Worte unseres Atlantikpaktverbündeten wäre zu erwidern, daß London hier den Amerikanern eine Meinung zu suggerieren versucht, die vorläufig mehr die seine ist als die Washingtons. Weiter wäre zu bemerken, daß Gebiet, Bevölkerung und Wehrpotential des westdeutschen Rumpfstaates sich mit England oder Frankreich noch durchaus vergleichen lassen. Wäre dieser Staat so unbedeutend, würden sich die Russen nicht so über seine Bewaffnung und sein Westbündnis aufregen.

Der Versuch einer Bagatellisierung der Bundesrepublik ist dennoch bedenklich. Auf jeden Fall zeigen die letzten Stimmen aus London, daß den Engländern nicht allzuviel an der Wiedervereinigung Deutschlands gelegen ist. Das ist *Bulganin* und *Chruschtschew*, die nach London kommen wollen, nicht entgangen. Daß der sogenannte Edenplan — genauer gesagt, der neueste, denn es hat schon mehrere gegeben — auch praktisch diskutabile Elemente enthält, soll nicht bestritten werden; aber im ganzen läßt er eine Tendenz durchblicken, den Russen ihrem Wunsch gemäß zuerst einen Sicherheitspakt zu geben und dann erst über die deutsche Frage zu sprechen, was den russischen Eifer, diese Frage zu lösen, natürlich noch mehr dämpfen würde. Es wäre ein Sicherheitspakt mit zwei deutschen Staaten, d. h. die Legalisierung und Verewigung der deutschen Teilung, dazu wohl eine drastische Herabsetzung der deutschen Rüstung, was wohl das unmittelbare Hauptziel der Russen ist. Denn sonst würde eine solche „Einigung“ ja nichts an der jetzigen Lage ändern.

Das entscheidende Wort liegt bei Washington. Der Bundeskanzler sieht die Richtigkeit seiner Politik, sich unter den in Betracht kommenden Partnern vor allem an Amerika anzulehnen, durch die kühle Haltung Englands und Frankreichs bestätigt. Was wird Amerika nun tun? Man hält den Einfluß der Gruppe um Dulles zur Zeit für schwächer. Eisenhower mag an die nächstjährigen Wahlen denken. Amerikanische Vorstellungen haben London inzwischen bewogen, doch wieder die Verbindung der deutschen Wiedervereinigung mit der Gewährung eines Sicherheitspaktes zu betonen. Eisenhower wird doch wohl kaum von seinem bisherigen Grundkonzept abgehen und den Russen einen Pakt mit zwei garantierten deutschen Staaten geben; man könnte sich schwer vorstellen, warum er das tun sollte. Geht aber diese unmittelbare Gefahr für die deutsche Politik auch vorüber, so sind wir andererseits nicht weiter als vorher; die beiderseitigen Fronten bleiben erstarrt.

Zu den Realitäten der Lage gehört es, daß der Weg nach Berlin, ja schon nach Saarbrücken, über Washington führt. Die Selbständigkeitsmöglichkeiten für die Politik eines halbierten Landes, in dem fremde Heere stationiert sind, darf man nicht überschätzen, wenn es auch auf der anderen Seite gewiß nicht notwendig ist, jede Andeutung eines Eigenwillens zu vermeiden.

Soviel scheint heute doch ersichtlich: Die Ablehnung des Westbündnisses hätte zu nichts geführt als zu freundlichem Auf-die-Schulter-Klopfen aus Moskau. Eine freundlose, schlecht behandelte Bundesrepublik würde den Russen noch weniger imponieren als die mit Amerika verbündete. Sie sind seit dem westdeutschen Atlantikpakt-Beitritt immerhin an den Verhandlungstisch gekommen und, eine indirekte Folge davon, aus Österreich hinausgegangen, bzw. im Begriff hinauszugehen. Daß sie vorderhand noch keine Konzessionen machen, ist kein Wunder; sie sind im Unterhandeln sehr hart und haben endlos Zeit. Schließlich steht die deutsche Rüstung noch auf dem Papier, und sie versuchen zunächst, sie auf dem angedeuteten Wege zu torpedieren; im vorhinein die Konzessionen zu machen, die sie — auch das ist selbstredend unsicher — allenfalls angesichts einer fertigen Rüstung machen werden, kann man eigentlich nicht von ihnen erwarten.

Die deutsche Außenpolitik steht vor schwierigen Problemen. Ganz leise hat auch Bonn schon anzudeuten gewagt, was London, soweit es nicht einfach den *Status quo* beizubehalten wünscht, deutlicher sagt: daß unter Umständen auch eine andere Politik für ein vereinigtes Deutschland in Frage kommen könnte als die des strikten Westbündnisses. Historisch gesehen kann das Westbündnis nur als eine Phase der Entwicklung, allerdings eine unvermeidliche, angesehen werden. Das bedeutet nicht, daß man es etwa nicht einzuhalten gewillt ist, solange es in Gültigkeit ist. Aber Bündnisse werden im Laufe der Geschichte geschlossen und wieder gelöst, wenn sich die Lage ändert. Es gibt da keine Ewigkeiten.

Was wird der Bundeskanzler aus Moskau mitbringen? Was will Moskau von ihm? Ihm ein annehmbares Angebot machen? Es wird ihm kaum mehr anbieten, als es in Genf angeboten hat, und das war praktisch nichts. Dieses Gespräch ist an sich schon eine bedeutende politische Tatsache. Daß der Kanzler äußerst vorsichtig sein und alles vermeiden wird, was Amerika auch nur im geringsten verärgern könnte, liegt auf der Hand; ein Versuch, sich auf Rußland gegen Amerika zu stützen, wäre Aberwitz. Adenauer hat schon wiederholt die Kunst bewiesen, heikle deutsche Forderungen nicht selbst zu stellen, ja im Gegenteil von ihnen abzurücken, um sich die betreffenden Dinge dann von den Alliierten auf dem Präsentierteller überreichen zu lassen. Auch hinsichtlich einer etwaigen Entlassung Deutschlands in eine Mittelstellung wird er es wahrscheinlich den anderen überlassen, darüber zu entscheiden, ja sie uns gegebenenfalls geradezu aufzunötigen. Natürlich muß die fundamentale Realität, daß eine friedliche Wiedervereinigung, wenn überhaupt, nur auf Grund der Entlassung Deutschlands in eine Mittelstellung möglich ist, den Diplomaten der Welt klar sein; es würde ihnen nicht schwerfallen, Formeln für den Einbau einer solchen Stellung in das gegebene Paktsystem zu finden — wenn sie wollten. Aber wollen sie? Und wenn sich, wofür keine Anzeichen zu sehen sind, das eine Lager zu diesem Entschluß durchringt, wird das andere wollen?

Die Welt steht immer noch unter den Nachwirkungen der Psychose von 1945; sie will Deutschland nicht die normale Position zubilligen, die alle anderen Staaten besitzen. Zehn Jahre haben nicht genügt, um diese Psychose abklingen zu lassen. Man weiß nicht, wieviel Zeit noch vergehen muß, um den Grundirrtum von Jalta zu korrigieren, die Konzeption, daß man ein großes Volk im Herzen Europas dauernd aus der Politik ausschalten kann. Die verschiedenen Neutralisierungspläne tragen immer noch den Stempel dieses Gedankens, wenn auch schon in veränderter Form. Daß der Fehler von Jalta die Quittung für die noch größeren Fehler des Hitlersystems war, darf nicht vergessen werden; aber es gehört zu den Realitäten der Lage, daß die Welt nicht zur Ruhe kommen wird, ehe dieser Grundfehler berichtigt ist.